Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 ₰, Rekl.-Z. 80 ₰ mit Insl.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällt, wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 92. | Freitag den 20. April 1928. | 86. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 19. April. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist zum nächsten Dienstag, den 24. April, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu der Aufforderung des Reichsministers des Innern von Keudell an die Länderregierungen, ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erlassen.

Aus dem Finanzausschuß.

Stuttgart, 18. April. Zu Beginn der heutigen Sitzung verliest der Vorsitzende Bock ein Schreiben des Finanzministeriums, wonach die Fürstl. Fürstenbergische Kammer in Donaueschingen ihren Waldbesitz innerhalb der staatlichen Forstbezirke Zwiefalten, Riedlingen und Mengen mit zusammen ca. 1040 Hektar einschließlich etwas landwirtschaftlicher Fläche zum Kauf angeboten hat. Die Forstdirektion hat auf Grund eingehender Besichtigung die Uebernahme der Waldungen um den vereinbarten Kaufpreis von 2,7 Millionen Mark beantragt, da es sich um eine wertvolle Erweiterung und Abrundung des Staatswaldbesitzes handelt. Der Kaufpreis soll durch einen außerordentlichen Holzhieb in den Staatswaldungen gedeckt werden, der auf mehrere Jahre zu verteilen ist. Da die Verkäuferin Barzahlung verlangt, müssen vorläufig Vorschüsse von der Staatshauptkasse zur Verfügung gestellt werden. Der Finanzausschuß erteilt seine Zustimmung zum Erwerb der Waldungen und zu der vorgeschlagenen Art der Abdeckung des Kaufpreises. Sodann wird auf Anregung des Berichterstatters Scheef die Frage der Versendung der Landtagswahlzettel besprochen, die unterlassen werden soll. Minister Bolz hat gegen die Einbringung eines diesbezüglichen Initiativgesetzentwurfes durch die Parteien nichts einzuwenden. Da Redner des Bauernbunds und der Sozialdemokratie Bedenken äußern, wird die Beschlußfassung zurückgestellt. Nunmehr kommt der Entwurf eines 7. Nachtragsplans zum Staatshaushaltgesetz für 1926/27 zur Beratung. Zur Deckung des Mehraufwands für Aenderung der Beamtenbezüge ab 1. Oktober 1927 erhöht sich der Staatsbedarf beim ordentlichen Dienst um rund 9,6 Millionen Mark. Demgegenüber treten zu den Deckungsmitteln (Zuschlag zur Reichsgrunderwerbssteuer und Einnahmen aus Reichssteuern) nach Abzug des Ausfalls bei den Nutzungen des Staatsvermögens und bei den Einnahmen aus dem außerordentlichen Dienst noch rund 5 Millionen Mehreinnahmen. Die einzelnen Kapitel des Nachtragsplanes werden mit einer Ausnahme nach dem Entwurf genehmigt. Die vorgesehene Erhöhung der Bezüge der Medizinalräte und Veterinärräte mit Praxis um je 10 v. H. der Bes.-Gr. 4a wird mit 13 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die von sozialdemokratischer Seite beanstandete Entlassung von 3 Kunstechern des Stat. Landesamtes bei gleichzeitiger Einstellung von Lehrlingen und Vergebung von staatlichen Aufträgen an Privatanstalten wird von Oberreg.-Rat Egerer durchschlagend begründet. Ein Antrag auf Wiedereinstellung wird mit 11 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Beim außerordentlichen Dienst werden zwecks Beteiligung des Staates an den Jura-Oelschieferwerken 2,2 Millionen Mark bewilligt. Die im Entwurf vorgeschlagenen Aenderungen des Haushaltsgesetzes für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 werden genehmigt. Der Abmangel für 1926/27 berechnet sich auf rund 1,58 Millionen Mark; doch ist zu erwarten, daß der endgültige Rechnungsabschluß den vollständigen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben bringt. Nächste Sitzung Donnerstag mittag 3 Uhr.

1. Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz für 1928.

Stuttgart, 18. April. Dem Landtag ist der erste Nachtrag zum Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für 1928 zugegangen. Darnach beträgt jetzt der Staatsbedarf im ordentlichen Dienst 158 150 265 R.M., die Summe der Deckungsmittel 150 008 004 R.M. und der Fehlbetrag 8 142 261 R.M. Dieser Fehlbetrag soll aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorgeschossen werden, soweit er nicht aus dem wirklichen Anfall aus Einnahmen gedeckt werden kann. Im außerordentlichen Dienst decken sich Ausgaben und Einnahmen mit 11 782 128 R.M. Entsprechend den höheren Aufwendungen für die Oberamtsärzte werden die Beiträge für den Schularzt und die Impfung von bisher 25 und 75 Pfg. auf 30 und 90 Pfg. erhöht. Bezüglich der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie der Gebäudeentschuldungssteuer wird bestimmt, daß sie in der bisherigen Höhe erhoben werden. Bei der Gewerbesteuer tritt indessen eine Aenderung ein, da die bisherige Durchführung vereinzelt unbefriedigende Veranlagung ergeben hat. Zur Behebung derartiger Anstände wird vorgeschlagen, für die grundsätzlich beizubehaltende Besteuerung nach dem Ertrag einen weiteren Mindestbetrag einzuführen. Bleibt der steuerbare Gewerbeertrag hinter 5 Prozent des gewerblichen Betriebskapitals oder 2 Prozent des im letzten Wirtschaftsjahr erzielten Umsatzes zurück, so ist er auf den größeren der beiden Beträge zu erhöhen. Der Satz von 2 Prozent wird ermäßigt für den Umsatz bis 40 000 Mark auf 0,25 Prozent, von mehr als 40 000 bis 80 000 Mark auf 0,5 Prozent, 80 000 bis 120 000 Mark auf 0,75, 120 000 bis 160 000 Mark auf 1 Prozent, 160 000 bis 240 000 auf 1,25 Prozent, 240 000 bis 320 000 auf 1,5 Prozent, 320 000 bis 400 000 auf 1,75 Prozent. Das Finanzministerium kann aber zur Vermeidung von Härten anordnen, daß in Einzelfällen oder in besonderen Gruppen von Fällen ein geringerer vom Hundertsatz zu Grunde zu legen ist.

Aenderungen in der Unfallversicherung.

Der Entwurf eines Gesetzes über Aenderung in der Unfallversicherung liegt zurzeit dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vor und enthält für die Wohlfahrtspflege insofern Bedeutsames, als er den Betrieb der Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Säuglingsheime und sonstige Anstalten, die Personen in Kur und Pflege aufnehmen, mit in die Versicherung einrechnet, und daß jetzt an Stelle des Begriffs Betriebsbeamte das Wort „Angestellte" tritt, so daß nicht nur die zur Gefahrenzone des betreffenden Betriebes gehörigen von der Unfallversicherung erfaßt werden. Ferner wird der Reichsregierung die Ermächtigung gegeben, bestimmte Krankheiten als Berufskrankheiten zu bezeichnen, auf die dann die Unfallversicherung Anwendung findet, ohne Rücksicht darauf, ob ein Unfall oder eine schädigende Einwirkung zugrunde liegt. Ausgenommen von dem Kreis der in Krankenhäusern und ähnlichen Betrieben beschäftigten Personen sind jedoch die Mitglieder geistlicher Genossenschaften und Schwestern von Diakonissenmutterhäusern, wenn ihnen nach den Regeln ihrer Gemeinschaft eine lebenslängliche Versorgung gewährleistet ist. Hier steht der Entwurf auf dem Standpunkt, daß Personen, deren lebenslängliche Versorgung geregelt ist, einer Fürsorge durch die Unfallversicherung nicht bedürfen. Eine Einbeziehung der in der offenen und halboffenen Fürsorge tätigen Personen ist nicht erfolgt, weil die Durchführung technische Schwierigkeiten befürchten läßt. Die Einbeziehung soll nach einer dem Entwurf beigegebenen Begründung einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben.

Die Wahlaufrufe der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 18. April. Die Deutschnationale Volkspartei erläßt zu den bevorstehenden Reichstagswahlen einen Aufruf, in dem es heißt: Ziel unseres politischen Kampfes ist Deutschlands Befreiung von äußerer und innerer Knechtschaft. Die gegen unseren Widerstand geschaffenen völkerrechtlichen Tatsachen haben die außenpolitische Handelsfreiheit des Reiches so eingeengt, daß dadurch auch unsere Mitarbeit in der Regierung schwer belastet war. Der Vorwurf, unsere Politik steuere neuen Kriegen zu, ist ein unehrlicher Versuch, jede nationale Politik unmöglich zu machen. Der Friede, den wir wollen, muß ein Friede in einer befriedeten Welt sein, mit ehrlicher Verständigung, die das Lebensrecht und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes zur Tatsache macht. Weil wir wissen, daß Deutschland ohne den deutschen Osten nicht lebensfähig ist, verwerfen wir jede Anerkennung der heutigen unmöglichen Ostgrenzen. Wir lassen nicht von der Forderung der Vereinigung mit dem deutschen Volkstum in Oesterreich. Wir verlangen, daß die Wehrmacht unser wird und schlagkräftig erhalten bleibt und nicht in das Parteigetriebe hineingezogen wird. Die Reparationslasten müssen neu geregelt und begrenzt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskontrolle muß fallen. Wir verlangen die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen, unserer Nahrungsfreiheit vom Auslande. Die Rettung der Landwirtschaft ist dringlichste Aufgabe. Eine durchgreifende Reform unserer Handels- und Wirtschaftspolitik muß diesem Ziele dienen. Aus christlicher Ueberzeugung fordern wir die gleichberechtigte Einordnung des Arbeiters in Staat und Wirtschaft. Christentum und Deutschtum sind die Wurzeln unserer Kraft. Wir lassen nicht von dem Stolz auf die tausendjährige deutsche Geschichte, die Größe des Kaisergedankens, die ruhmbedeckten schwarz-weißroten Farben und die Heldentaten der alten Wehrmacht. Der vom ganzen Volke gewählte Reichspräsident muß die Macht haben, ungehemmt durch die Vertrauens- und Mißtrauensvoten wechselnder Parteimehrheiten für sachliche und stetige Regierungsarbeit zu sorgen. Das Gegeneinanderarbeiten von Reich und Preußen muß verhindert werden. Wir wollen eine freudige bejahte Einheit des Reiches und freie Entwicklung für seine Länder. Unter jeder Staatsform dienen wir der Nation. Unsere Partei umfaßt alle Stände und Berufe und widerlegt durch ihr Dasein die Lehre vom Klassenkampf.

In dem preußischen Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei heißt es: Heute führt die Sozialdemokratie in Preußen ein einseitiges Parteiregiment. Die verfassungsmäßig verbürgte Gewissens- und Meinungsfreiheit ist zur leeren Phrase geworden. Sozialdemokratische Parteiwünsche machen weder vor der Unabhängigkeit der Gerichte halt, noch vor den Rechten der Selbstverwaltung. Neupreußische Kulturpolitik verdrängt christlichen Geist und nationalen Sinn aus der Schule. Auch die Wirtschaftspolitik wird nach parteimäßigen Gesichtspunkten betrieben. Dem Existenzkampf der Landwirtschaft trägt die preußische Regierung keine Rechnung. Völlig unfruchtbar in eigenen gesetzgeberischen Leistungen sieht die Regierung des größten Landes ihre Aufgabe darin, die positive Arbeit im Reich zu durchkreuzen und zu hemmen. Wenn der Staat Friedrichs des Großen in Zukunft wieder seine deutsche Mission erfüllen soll, dann muß jeder Preuße seine Stimme der einzigen Partei geben, die seit jeher in schärfster Kampfstellung gegen das rote Regiment in Preußen steht. Wählt deutschnational!

Anschuldigungen des „Vorwärts".

Berlin, 18. April. Wie es in Wahlzeiten nicht anders ist, sucht man dem Gegner, wo es nur immer geht, etwas am Zeug zu flicken. Dem „Vorwärts", dem die neuerdings stärker in die Erscheinung tretende altsozialistische Bewegung begreiflicherweise ein Dorn im Auge ist, blieb die Entdeckung vorbehalten, daß von den Altsozialisten zu „dunkeln politischen Agenten" und zum Auswärtigen Amt Verbindungen bestünden. „Bei den Bemühungen, hinter die Geldquellen der „Aspedisten-Agitation" zu kommen, sei man nämlich auf Spuren geraten, die zu dem berühmten Geheimfonds Dr. Stresemanns hinleiten." Die „Tägliche Rundschau" erklärt dagegen, daß die Behauptung des „Vorwärts", die altsozialdemokratische Partei sei aus einem Geheimfond des Auswärtigen Amtes gespeist worden, „keineswegs zutreffend" sei.

Personenschmuggel an der polnischen Grenze.

Schon seit langer Zeit hegt die deutsche Grenzpolizei den Verdacht, daß durch Schmuggler an der ostpommerschen Grenze polnische Staatsangehörige für Geld ohne Paß über die deutsche Grenze geschmuggelt würden. Ein gewisser Horwitsch sammelte in Danzig einige Personen, brachte sie auf der Bahn bis in die Nähe der Grenze und geleitete sie nachts auf geheimen Waldwegen über die deutsche Grenze, wo sie von 2 polnischen Komplizen in Empfang genommen und mit Fahrkarten nach Berlin versehen wurden.

Ausland.

Paris, 19. April. In Washington wird heute ein italienisch-amerikanischer Schiedsvertrag unterzeichnet, der in gewissem Sinn eine Geste gegen Frankreich bedeuten soll. In Paris will gleichzeitig heute Poincaré dem Ministerrat den französischen Gegenvorschlag zu dem amerikanischen Antikriegspakt vorlegen.

Paris, 19. April. Für die Wahlen am nächsten Sonntag sind für Frankreich und Kolonien endgültig insgesamt 3736 Kandidaten eingeschrieben worden.

Die Japaner in der Mandschurei.

Peking, 18. April. Die japanische Gendarmerie hat die Bahnlinie Mukden—Antum besetzt, so daß sich nunmehr die ganze südmandschurische Eisenbahn in Händen der Japaner befindet. Aus Schimonoseki sind weitere japanische Truppentransporte nach Shiren unterwegs.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 18. April. Die auf letzten Sonntag im „Bären"-Saal in Neuenbürg einberufene Vorständeversammlung des Bezirks-Kriegerverbandes hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Nur 3 von 30 Vereinen waren nicht vertreten. Bezirksobmann Postinspektor Schur gab in seiner Begrüßungsansprache der Freude über den starken Besuch lebhaften Ausdruck und betonte dabei, daß dies ein untrüglicher Beweis dafür sei, daß die Ziele und Bestrebungen, die der Württ. Kriegerbund verfolge, doch noch in den Herzen vieler alten Soldaten warmes Verständnis wecken. Mit dem Wunsche, daß auch diese Versammlung vom Geist kameradschaftlicher Verbundenheit getragen sein möge, eröffnete er die Versammlung. Aus dem Jahresbericht des Bezirksobmanns war zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahr fast bei allen Vereinen des Bezirks eine rege Tätigkeit herrschte. Am 20. Mai v. J. fand in Dobel der Bezirkskriegertag statt, verbunden mit dem 45. Gründungsfest und der Einweihung der Schießanlage. An dem 50jährigen Jubiläum des Württ. Kriegerbundes vom 11.—13. Juli in Stuttgart nahmen fast alle Vereine des Bezirks z. T. in stattlicher Stärke teil. Diesem Landesfest folgten am 10. Juli das 50jährige Jubiläum des Kriegervereins Enztal-Enzklösterle und am 17. Juli das 25jährige Jubiläum des Kriegervereins Neusatz. Beide Veranstaltungen waren gut besucht. Die 3 genannten Vereine erhielten je unter Verleihung einer Ehrenurkunde die üblichen Ehrenzeichen des Württ. Kriegerbunds, ebenso wurde dem Kriegerverein Sprollenhaus die Jubiläumsspange und Ehrenurkunde für 50jährige Zugehörigkeit zum Württ. Kriegerbund verliehen. Die mit Schießanlagen ausgestatteten Vereine hielten Welt- und Preisschießen ab, wobei teilweise recht wertvolle Preise verteilt wurden. Um bei den Kriegsteilnehmern alte Erinnerungen an das einst Erlebte zu wecken und um den Nichtgedienten und besonders unserer Jugend zu zeigen, was ihre Väter und Brüder als deutsche Soldaten im Weltkrieg an Heldentaten vollbracht haben, hielten mehrere Vereine wohlgelungene Lichtbildervorträge ab. Der Bezirkskriegerverband ist auch fernerhin bestrebt, durch Vorführung nur bester und einwandfreier Bilder mit entsprechender Erklärung der Bilder das Gefühl der Dankbarkeit an die ehemaligen Krieger stets wach zu halten. Am 27. November fand eine Vorstandszusammenkunft statt, in der über die Herbstsitzung des Präsidiums in Stuttgart berichtet wurde. Der Bezirkskriegerverband umfaßt nach dem Stand vom 1. Januar 1928 30 Vereine mit beinahe 2900 Mitgliedern; unter diesen sind rund 75 Prozent Kriegsteilnehmer und 17 Altveteranen von 1870/71. Der Zuwachs beträgt 126 Mitglieder, dem ein Abgang durch Tod, Wegzug oder Austritt von etwa 80 Mitgliedern gegenübersteht. Von Vereinsvorständen sind durch Tod abgegangen: Kam. Pfrommer-Ottenhausen und Kam. Bechtle-Wildbad. In üblicher Weise wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden geehrt. Für in Not geratene Kameraden wurden vom Bund auf 35 Gesuche 753 Reichsmark ausbezahlt, in den Kriegererholungsheimen waren vom Bezirk 5 Kameraden zusammen 65 Tage untergebracht und vom Bund 220 R.M. zu den Verpflegungskosten beigesteuert. Von der Fürsorgeabteilung des Landes wurden aus dem Bezirk 14 Berufungsverfahren geführt. Davon waren erfolgreich 8, durch Vergleich wurden 2 geregelt, ein Fall wurde abgewiesen und 3 stehen noch aus, ebenso steht eine Anzahl Neuanträge in Behandlung. Seit 1. Januar d. J. sind bereits wieder 3 Neuanträge und 8 Berufungen angemeldet. In der Höhe der Beiträge ist keine Aenderung gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Mit Dankesworten an die Kameraden, insbesondere an die Vorstände und sonst tätige Kameraden schloß der Vorsitzende seinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht. Der hierauf vom Bezirkskassier Oberfinanzsekretär Buck vorgetragene Kassenbericht ergab ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen für den Verband betragen R.M. 229.65, hiezu Verband vom Vorjahr R.M. 291.65, zusammen R.M. 521.10; die Ausgaben R.M. 174.53, somit Neubestand R.M. 346.57; für die Bezirkssterbekasse Einnahmen R.M. 2413.67, Bestand vom Vorjahr R.M. 1855.85, auf R.M. 4269.52; Ausgaben a) für 21 Sterbefälle à 80 R.M. = 1680 R.M., b) sonstiges R.M. 23.60, zus. R.M. 1703.60, somit Neubestand R.M. 2565.92. Gesamtsumme für den Verband R.M. 346.57, Gesamtsumme für die Sterbekasse R.M. 2565.92, zus. R.M. 2912.49. Das Guthaben ist bei der Oberamtssparkasse angelegt. Die Rechnung nebst Belegen wurden vom Bezirksobmann wie auch von 2 Kameraden des Verbands geprüft und richtig befunden. Kam. Ausschußmitglied Bubeck-Höfen als Revisor stattete dem Kassier für seine viele Mühewaltung wärmsten Dank ab, dem sich der Bezirksobmann mit Worten herzlichsten Dankes anschloß. Dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Als Vertreter zum Bundestag in Stuttgart am 22. d. M. wurden der Bezirksobmann und der Bezirkskassier bestimmt, hiezu kommt noch wegen Abhaltung des nächstjährigen Bundestages als Vertreter des Kriegervereins Wildbad der dortige Vorstand, Kam. Fritz Kloß. Bei Punkt 4 der Tagesordnung, Ueberführung junger, nicht gedienter Leute in die ordentliche Bundesmitgliedschaft, wurde nach aufklärenden Worten des Vorsitzenden der Vorschlag des Präsidiums als durchführbar angenommen (vgl. Württ. Kriegerztg. Nr. 12). Zu Punkt 5 der Tagesordnung, Wahl des Bezirksschriftführers usw., gab der Bezirksobmann zuerst über die derzeitige Lage Auskunft. Auf einstimmigen Vorschlag und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wunsch der Versammlung erklärte sich Kam. Macco, Vorstand des Militärvereins Schwann, zur Annahme des Amtes als Bezirksschießleiter der Kleinkaliberschützenabteilungen des W. Kriegerbundes bereit. Als Stellvertreter wurde ebenso einstimmig Kam. Bubeck-Höfen gewählt. Zur Unterstützung des Schießleiters wurden noch weitere 4 Kameraden in den Ausschuß berufen. Das Bezirksschießen wurde nach Arnbach bestimmt. Weiter werden die Vereine der Einweihung des neuen Schützenhauses in Höfen am 13. Mai möglichst vollzählig beiwohnen. Bei Punkt Sonstiges machte der Vorsitzende auf den am 8. Juli in Loffenau stattfindenden Bezirkskriegertag aufmerksam und forderte zu möglichst vollzähligem Besuch auf. Kam. Fieg, Vorstand des Kriegervereins Loffenau, lud namens seines Vereins unter Hinweis auf dessen 50jähriges Jubiläum zu starkem Besuch ein. Für den nächsten Bezirkskriegertag wurde einer Bitte des Kam. Wurster-Calmbach entsprechend dieser Ort bestimmt. Nach Dankesworten an die Erschienenen und mit der Bitte auch fernerhin treue Mitarbeiter in unserer vaterländischen Sache zu bleiben, schloß der Bezirksobmann die anregend verlaufene Versammlung. Kamerad Eugen Mahler, stv. Bezirksobmann, dankte in herzlich gehaltenen Ausführungen dem Bezirksobmann für alle Mühe und Hingabe.

Neuenbürg, 17. April. (Eröffnung der Krieger-Erholungsheime.) Die Kriegererholungsheime des Württ. Kriegerbunds in Herrenalb und Bad Niedernau werden am 16. Mai wieder eröffnet werden. Aufnahme finden in der Regel auf die Dauer von 14 Tagen erholungsbedürftige württembergische Teilnehmer an dem Kriege 1914/18 und an den vor diesem Zeitpunkt geführten Feldzügen, wobei Kriegsbeschädigte den Vorrang erhalten. Bedürftige, dem Württ. Kriegerbund angehörige Kriegsteilnehmer, insbesondere Altveteranen und Schwerbeschädigte, werden kostenlos aufgenommen, soweit die verfügbaren Mittel ausreichen. Weniger bedürftige Kriegsteilnehmer haben einen ihrem Vermögen und Einkommen entsprechenden Beitrag zu den Verpflegungskosten zu leisten, während die Unterkunft, das Frühstück und der Nachmittagskaffee für alle Gäste kostenfrei ist.

Neuenbürg, 19. April. (Schonung des deutschen Waldes.) Eine wirtschaftspolitische Zeitung tritt neuerdings dafür ein, daß Deutschland möglichst niedrige Holzzölle haben müsse, damit recht viel Auslandsholz hereinkäme. Dann würde im deutschen Wald das Holz ungestört wachsen können und der deutsche Wald geschont bleiben. Es steht schon schlimm um unsere Wirtschaft, wenn in solcher Weise „Wirtschaftspolitik" getrieben wird. Also schließlich soll soviel Auslandsholz hereinkommen, daß das eigene Holz nicht mehr absetzbar ist und die deutsche Waldwirtschaft zum Erliegen gebracht wird. Es ist anscheinend noch nicht überall bekannt, daß wir in Deutschland immerhin seit einigen 100 Jahren einen Wirtschaftswald haben. Der Wald, das Holz, ist ein wirtschaftliches Gut, das eine ebenso große privatwirtschaftliche als volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Das Holz wird ebenso wie alle sonstigen Volksgüter unter erheblichem Aufwand von Kapital sowie geistiger und körperlicher Arbeit von der Forstwirtschaft erzeugt. Es kommt heute nicht so sehr darauf an, daß im deutschen Wald die Bäume möglichst lang und ungestört wachsen können, sondern darauf, daß durch die Waldwirtschaft mit möglichst geringem Aufwand in verhältnismäßig kurzer Zeit möglichst viele und wertvolle Güter in Form von Holz erzeugt werden. Anstatt unsere Holzeinfuhr, die schon heute wesentlich zur Steigerung unserer erschreckend passiven Handelsbilanz beiträgt, nicht noch mehr zu steigern, müßte alles daran gesetzt werden, um die eigenen forstwirtschaftlichen Betriebe möglichst wirtschaftlich zu gestalten und ihnen die nötige „Schonung" in anderer Weise angedeihen zu lassen. Im Jahre 1927 wurden nach Deutschland über 17 Mill. Fm. Holz eingeführt, wesentlich mehr als je zur Zeit der blühendsten deutschen Wirtschaft vor dem Kriege. Das neuerliche Holzabkommen unserer Reichsregierung mit Polen verbürgt für letzteres eine Masseneinfuhr von 1¼ Mill. Kubikmeter allein an Schnittholz. Dies muß über kurz oder lang zu einer schweren Schädigung einer weitverzweigten Gruppe, unserer Sägeindustrie, führen. Eine übersteigerte Holzeinfuhr bedeutet also keine Schonung, sondern eine Schädigung der deutschen Wald- und Holzwirtschaft, darüber hinaus eine Schädigung unserer Handelsbilanz.

☞ **Der Beginn des Romans befindet sich im zweiten Blatt.**

(Wetterbericht.) Im Osten liegt eine starke Depression, bei Island ein Hochdruck. Unter diesen Umständen ist für Samstag und Sonntag immer noch unbeständiges, mehrfach bedecktes, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 18. April. (Gemeinderatssitzung am 17. April.) Die Geschäftsstelle des Waldbesitzerverbandes in Stuttgart hat im Auftrag der Gemeinde das in der Abt. Hinterer Alter Hau mit 163,10 Fm. bereitgestellte Stammholz zum Verkauf angeboten. Der Zuschlag wird unter den 3 eingegangenen Angeboten der Firma Kling in Pfinzweiler um 133,6 Prozent der Landesgrundpreise erteilt. Das jetzt noch zur Verfügung stehende restliche Stammholz soll erst in etwa 3 Wochen verkauft werden. — Für die von der Landesversicherungsanstalt Württemberg an 2 hiesige Baulustige gewährten Darlehen in Höhe von je 6000 G.M. übernimmt die Gemeinde die selbstschuldnerische Bürgschaft, und einem Gesuch um Rangrücktrittserklärung mit einer Kaufpreishypothek zu Gunsten eines von der Wohnungskreditanstalt zu gewährenden Baudarlehens in Höhe von 6000 G.M. wird stattgegeben. Nach Erledigung einiger kleinerer Verwaltungssachen widmet der Ortsvorsteher dem am 3. d. M. verstorbenen Christian Regelmann, früh. Amts- und Polizeidieners und späteren Gemeinderat, ehrende Worte des Gedenkens.

Birkenfeld, 18. April. Da der bei der letzten Generalversammlung des Darlehenkassenvereins von Rektor Wieland gehaltene interessante Vortrag über „Düngung" in dem Bericht nur kurz gestreift worden ist, möchten wir im Interesse unserer Landwirte das wichtigste aus demselben nachtragen. Die deutschen Landwirte haben in den letzten Monaten in öffentlichen Kundgebungen, in Wort und Schrift ihre Notlage zum Ausdruck gebracht. Wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß unsere kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe kaum eine nennenswerte Rente auswerfen, so wird von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die meisten dieser Betriebe nicht auf der Höhe der Zeit stehen, daß sie also rückständig seien, ein Vorwurf, der nicht ganz ungerechtfertigt erscheint. Ein Vergleich der landwirtschaftlichen Produktion mit andern Staaten, z. B. Dänemark, Belgien, Holland bestätigt dies. In diesen Staaten wurden unter gleichen klimatischen und Bodenverhältnissen und bei gleich großen Flächen bedeutend höhere Erträge erzielt, wie die Statistik beweist. Demgegenüber werden aber auch in diesen Ländern bedeutend höhere Mengen an künstlichen Düngemitteln verwendet. Unsere deutschen landwirtschaftlichen Sachverständigen suchen mit Nachdruck die deutsche Landwirtschaft zu heben. Sie stellen zwei Hauptforderungen an die Landwirte, nämlich Erzielung von Höchsterträgen und Erzeugung von Qualitätswaren, was erreicht wird durch eine bessere, den örtlichen Verhältnissen angepaßte Bodenbearbeitung; durch Anwendung einwandfreien, hochprozentigen keimfähigen Saatguts; einer besseren Saatpflege durch eine von allen Landwirten durchgeführte Unkraut- und Schädlingsbekämpfung und durch eine gute, den Ernährungsbedürfnissen unserer landwirtschaftlichen Kulturpflanzen entsprechenden rechtzeitigen Düngung. Bekanntlich benötigen die Pflanzen zu einem gedeihlichen Wachstum 4 Hauptnährstoffe: Stickstoff, Phosphorsäure, Kali und Kalk. Während sämtliche dieser Grundstoffe in einem guten Stalldünger in leicht löslicher Form enthalten sind, werden dieselben im Kunstdünger meist nur in einer Form gereicht. Weil vielfach nur einer oder höchstens 2 dieser Dünger zur Anwendung kommen, so ist die Düngung einseitig, weil die zum gedeihlichen Wachstum nötigen Stoffe fehlen. Wenn auch schon durch Wort und Schrift darauf hingewiesen wurde, daß nur durch eine Volldüngung eine Vollernte erzielt werden könne, so gibt es immer noch Landwirte, die teils aus Unkenntnis, teils aus Gleichgültigkeit, teils auch der Kosten wegen sich nicht zur Volldüngung entschließen können. Um diesem Uebelstand abzuhelfen und die Anwendung der Volldüngung zu vereinfachen, wurde in letzter Zeit eine Mischung von den drei Hauptpflanzennährstoffen Stickstoff, Phosphorsäure und Kali unter dem Namen Nitrophoska hergestellt und von der württ. Landwirtschaftskammer in verschiedenen Gegenden des Landes Düngungsversuche durchgeführt. Diese Versuche haben gezeigt, daß die Düngung mit Nitrophoska in den verschiedenen Gegenden zwar verschieden waren, aber im Vergleich zu der in einzelnen Düngermitteln zu gleichen Mengen gereichten Volldüngung in den meisten Fällen höhere Erträge brachten. In Anbetracht, daß durch das Nitrophoska die Düngung viel einfacher ist, Transport-, Mischungs- und Streukosten wegfallen, wird von landwirtschaftlichen Sachverständigen in den Fällen, wo Volldüngung notwendig ist, dieses neue Düngermittel eindringlich empfohlen. Auch hier gilt: Probieren geht über studieren.

Birkenfeld, 19. April. (Goldene Hochzeit.) Christian Vetter, früherer Presser, nun Landwirt, und Margarete geb. Roth, konnten bereits im Jahre 1927 auf einen 50jährigen Ehestand zurückblicken. Da sie ihres Ehejubiläums ganz im Stillen gedachten, sind ihnen nun nachträglich die gebührenden Ehrungen zuteil geworden. Vom Herrn Reichspräsidenten traf ein Glückwunschschreiben ein, ebenso vom Herrn Staatspräsidenten mit einer Ehrengabe und einem Gedenkblatt der Württ. Staatsregierung. Ueberdies ließ die Gemeinde die übliche Ehrengabe überreichen. Dem körperlich und geistig noch verhältnismäßig rüstigen, wackeren Jubelpaar wollen wir auch an dieser Stelle nachträglich noch die besten Wünsche für seinen Lebensabend darbringen.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 19. April. Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 5 Ochsen, 11 Bullen, 28 (unv. 8) Jungbullen, 27 (7) Jungrinder, 13 Kühe, 228 Kälber, 630 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 49—50 (letzter Markt unv.), b 46—48 (45—48), c 42—44 (unv.), Jungrinder a 58—60 (unv.), b 50—56 (unv.), c 42—48 (unv.), Kühe b 28—37 (29—36), c 20—27 (unv.), d 14—18 (unv.), Kälber b 81—84 (80—83), c 71—79 (69—77), d 62—70 (55—65), Schweine a fette Schweine über 300 Pfd. 53—54 (unv.), b vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd. 53—54 (unv.), c von 200—240 Pfd. 52—53 (52—54), d von 160—200 Pfd. 50—52 (unv.), e fleischige Schweine von 120—160 Pfd. 48—50 (unv.), Sauen 40—45 (28—36) Mark. Marktverlauf: Großvieh langsam, Kälber mäßig, Schweine ruhig.

Württ. Stammholzverkäufe. Es erlösten: Das Forstamt Rottenmünster einschl. Oberförsterrevier für 347 Fm. Fichten und Tannen 125 Prozent, für 470 Fm. desgl. 123 Prozent der Landesgrundpreise (839 Fm. Fichten und Tannen wurden nicht zugeschlagen); das Forstamt Hirsau für 1719 Fm. Fichten und Tannen 126 Prozent und für 883 Fm. Forchen 125 Prozent; F.A. Alpirsbach für 651 Fm. Fichten und Tannen 126 Proz.; ein weiterer Schwarzwaldforstbezirk für 177 Fm. Fichten und Tannen und 22 Fm. Forchen 140 Prozent, F.A. Zwiefalten für 194 Fm. Fichten und Tannen 120 Prozent und für 36 Fm. Forchen 119 Prozent (718 Fm. Fichten und Tannen und 18 Festmeter Forchen wurden nicht zugeschlagen); F.A. Justingen für 683 Fm. Fichten und Tannen 127 Prozent und für 181 Fm. Forchen 115 Prozent; ein weiterer Albforstbezirk für 117 Fm. Fichten und Tannen (Scheitholz) 117 Proz.; F.A. Biberach für 988 Fm. Fichten und Tannen 120 Proz. (2761 Fm. Fichten und Tannen und 35 Fm. Forchen wurden nicht zugeschlagen); F.A. Welzheim für 1541 Fm. Fichten und Tannen 129 Proz. und für 22 Fm. Forchen 125 Proz.; F.A. Comburg für 136 Fm. Fichten und Tannen (Scheitholz) 127 Proz.; F.A. Heilbronn für 310 Fm. Fichten und Tannen 147 Proz. und für 197 Fm. Forchen 142 Proz.; ein weiterer Forstbezirk des Unterlands für 80 Fm. Fichten und Tannen und 12 Fm. Forchen (Sturmholz) 119 Prozent der Landesgrundpreise. Für Laubstammholz wurden von den Forstämtern Justingen, Adelberg, Hohengehren, Nürtingen, Waldenbuch, Stuttgart, Leonberg, Hirsau, Lichtenstern, Hohenberg und Oberförsterstelle Eisenlautern folgende Erlöse je Fm. erzielt: für Eichen 1.—6. Klasse 322—19,5 Mk. oder 103—138 Prozent der Grundpreise, für Rotbuchen 1.—5. Klasse 78,5—24,68 Mk. oder 107—135 Prozent der Grundpreise, für Eschen 2.—6. Kl. 130,3—28,5 Mk., Ahorn 3.—6. Kl. 100—25 Mk., Weißbuchen 2.—6. Kl. 110,5—24,3 Mk., Birken 3.—6. Kl. bis 21,5 Mk. und Erlen 4.—6. Kl. 68,6—22,2 Mk. je Festmeter.

Neueste Nachrichten.

Ulm, 19. April. Die Deutsche Volkspartei hat heute den früheren Abgeordneten, Diplomkaufmann und Stadtrat Jakob Roßmann, einstimmig als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Bezirk Ulm aufgestellt.

Mannheim, 19. April. Donnerstag früh wurden auf den Gleisen der Reichsbahnstrecke Mannheim—Heidelberg in der Nähe des Bahnhofs Friedrichsfeld-Süd die schrecklich verstümmelten Leichen eines jungen Mannes und eines jungen Mädchens gefunden. Es dürfte sich um ein Liebespaar handeln, das sich vom Zuge überfahren ließ. Die Personalien der Toten konnten noch nicht ermittelt werden, da sie keinerlei Papiere bei sich trugen.

Mannheim, 19. April. Außer der Mannheimer Gewerbebank ist einer Meldung des Berliner Tageblatts zufolge, auch die Mannheimer Beamtenbank in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat ihre Schalter geschlossen. Diese Bank steht mit der Mannheimer Gewerbebank insofern in engster Verbindung, als ihr Geschäftsbetrieb sich in denselben Räumen abwickelt und Direktor Roettinger von der Gewerbebank gleichzeitig Direktor der Mannheimer Beamtenbank war.

Nürnberg, 19. April. Die große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg verurteilte in der Berufungsverhandlung den Hauptlehrer und Landtagsabgeordneten Streicher wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe zu 1000 Mark Geldstrafe. Streicher wurde in der ersten Instanz zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Bayreuth, 19. April. Heute abend wurde das Urteil im Förstermordprozeß gegen den Porzellanarbeiter Hirschmann aus Sophiental bei Weidenberg verkündet. Es lautete auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust wegen Totschlages. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Es handelt sich um die Ermordung des Försters Popp bei Unterstreinach im Fichtelgebirge, die lange Zeit in Dunkel gehüllt blieb.

Koblenz, 19. April. Von zuständiger deutscher Stelle wird mitgeteilt: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat auf Antrag des Reichskommissars für die besetzten Gebiete ihren vorläufigen Einspruch gegen das Frankfurter Eingemeindungsgesetz zurückgezogen und ausdrücklich bestimmt, daß das Gesetz auch im besetzten Gebiet mit Wirkung vom 1. April 1928 angewandt werden kann.

Werder, 19. April. Das Verschwinden alter Aufwertungs- und Strafakten aus dem Amtsgericht hatte im vorigen Jahre, wie berichtet, großes Aufsehen erregt. Als Täter waren der 23jährige Justizanwärter a. D. Walter Beck und der 32jährige Kanzleiangestellte Kurt Fuhrmann ermittelt worden, die sich jetzt vor dem Potsdamer Schöffengericht zu verantworten hatten und zu insgesamt einem Jahr fünf Monaten Zuchthaus und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Fuhrmann erhielt zwei Monate Gefängnis bei einer Bewährungsfrist von drei Jahren.

Berlin, 19. April. Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Degg, in Leipzig vom Amt eines stellvertretenden Präsidenten des Reichsdisziplinarhofes in Leipzig entbunden und gleichzeitig den Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Katluhn, zum stellvertretenden Präsidenten des Reichsdisziplinarhofes ernannt.

Berlin, 19. April. Heute vormittag sollte in der Angelegenheit des Straßenbahnunglücks auf der Heerstraße eine neue Vernehmung

Mag auch die Liebe weinen . . .

Roman von Fr. Lehne.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Erich nickte flüchtig. Er sah im Geiste das schmale, vornehme Gesicht des Mädchens vor sich mit den Rehaugen, dem feinen, roten, trotzigen Mund, dem goldenen Kraushaar, das in üppiger Fülle unter dem weichen, vorn zurückgeschlagenen Lederhut hervorquoll. Die zarte, kaum mittelgroße Gestalt von biegsamer Anmut. Ihm wurde es heiß ums Herz, aber zum erstenmal kam ihm peinlich und drückend zum Bewußtsein, daß es einen Unterschied gab zwischen der Person und dem Stand. Warum war Jutta heute morgen so liebenswürdig gegen ihn gewesen — und jetzt, da sie wußte, wer er war, so kalt?

Neuntes Kapitel.

Der Telegraphenbote hatte soeben Schloß Lengefeld verlassen.

„Papa kommt heute nachmittag, Fräulein Lore!" jubelte Cäcilie ihrer jungen Lehrerin entgegen. Ihre blassen Wangen waren vor Aufregung gerötet, und die schönen, grauen Augen leuchteten; fast hübsch sah das Kind aus. „Ob mich Mama wohl mit nach der Bahn nimmt?" fragte sie ängstlich. „Titi und Ossi dürfen mit."

„Dann wirst auch du nicht allein hier bleiben!" sagte Lore beruhigend, allerdings gegen ihre Ueberzeugung, und dieses Gefühl behielt recht. Um vier Uhr hielt der offene Landauer an der großen Freitreppe des Schlosses; die Gräfin Allwörden in einem pastellblauen Tuchkleide, über das sie einen schwarzseidenen Mantel gezogen, stieg ein; Thekla sprang geschwind nach ihr in den Wagen, und Ossi, in einem weißen Matrosenanzug wurde vom Diener hineingehoben — für Cäcilie war kein Platz da.

Mit traurigem Gesicht stand sie da; dann schluchzte sie laut auf.

„Sei doch vernünftig, Cäcilie, und weine nicht!" herrschte die Gräfin das Kind an. „Willst du Papa mit verweinten Augen empfangen? Ich habe dir vorhin schon gesagt, daß kein Platz ist. Wo soll Papa nachher sitzen?" Sie mochte sehr verärgert sein, weil sie „Cäcilie" sagte.

„Ich hätte auch beim Joseph —"

Thekla lachte höhnisch.

„Eine Komtesse Allwörden und beim Kutscher sitzen! Du vergißt wohl, daß Franz mitfährt. Aber solche Idee sieht dir ähnlich! Ich bin die Aelteste — ich gehe vor."

Selbstbewußt schlug sie die Füße übereinander, sah wohlgefällig auf die durchbrochenen Strümpfe und auf die Lackschuhe mit den großen Stahlschnallen herab. Sie legte die rötlichen Locken nach vorn und rollte sie über den Finger. So hübsch Thekla war — ihre Eitelkeit stieß doch ab; denn kindlich war das nicht mehr zu nennen. Sie fühlte sich ganz als große Dame.

„Ich hoffe, Fräulein Berger, daß Sie Cäcilie zur Vernunft gebracht haben, bis wir zurück sind," ermahnte die Gräfin die junge Erzieherin. „Die Sentimentalität des Kindes ist ja kaum noch zu ertragen. Ich wünsche, daß sie dieser Veranlagung Cäciliens keinen Vorschub leisten."

„Ich werde mich bemühen, Frau Gräfin," entgegnete Lore, indem sie Sissis Hand beruhigend drückte. Beide sahen schweigend dem fortfahrenden Wagen nach. Tapfer unterdrückte Cäcilie die von neuem aufsteigenden Tränen und unwillkürlich hob ein tiefes Atmen ihre schmale, kleine Brust — der Mutter Gegenwart war wie ein Druck.

Lore sprach ihr gut zu.

„Ach, Fräulein, Mama hat mich nicht lieb! Niemand hat mich lieb, weil ich so häßlich bin," schluchzte das Kind.

Lore kniete neben ihr und schlang ihre Arme um den Hals des Kindes.

„Sissi, ich habe dich lieb." Ihre Lippen lagen liebkosend auf den tränennassen Wangen des kleinen Mädchens.

„Wirklich, Fräulein, wirklich?" Ein ungläubiges Staunen klang aus Cäciliens Stimme — und forschend, durchdringend, blickten die klaren Kinderaugen in Lores Gesicht.

„Wirklich, Sissi! Du bist mir die Liebste."

„Lieber hätten Sie mich als Ossi und Titi? Ja! Ach, Fräulein, nun habe ich doch jemanden, der mich auch lieb hat," jubelte sie. „Papa hat immer so viel zu tun, Mama ist nervös. Ach, und nun sind Sie da. Sie bleiben hier und gehen nicht fort von mir?" Schmeichelnd drückte sie ihren Mund auf die weiße Hand des jungen Mädchens.

„Das liegt nicht an mir, Sissi. Wenn deine Mama mich nun fortschickt?"

„Wir sagen es ihr nicht, daß Sie mich lieb haben, sonst tut sie es," bemerkte Cäcilie geheimnisvoll, „sie mag es nicht leiden, wenn man mich lieber hat, als die anderen. Onkel Rüdiger — — —"

„Wer ist Onkel Rüdiger?" unterbrach sie Lore.

„Onkel Rüdiger ist Papas Bruder. Er ist Legationsrat. Im Sommer ist er oft hier gewesen, so lange er in München wohnte. Er war weit fort, in Madrid. — Der ist gut zu mir — der hat mich lieb — und deshalb mag Mutter ihn nicht; sie sprachen manchmal [illegible] miteinander."

„Sissi, das darfst du aber nicht sagen; das sind Einbildungen von dir." Und um das Kind auf andere Gedanken zu bringen, schlug sie vor, ein wenig zu musizieren, worin Cäcilie freudig einwilligte.

Schnell war dabei die Zeit vergangen, und Sissi hatte erreicht, was sie wollte, die Kleine lachte wieder und hatte ihren Kummer vergessen.

Als die Herrschaften von der Bahn zurückkehrten, eilte Cäcilie aufgeregt hinaus, während Lore sich bescheiden zurückhielt; sie beobachtete die Ankommenden von einem der oberen Fenster.

Der Diener riß den Wagenschlag auf. Zuerst sprang Graf Allwörden hinaus, um den Seinen dann beim Aussteigen behilflich zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

auffinden, zu der der Führer des verunglückten Zuges, der Fahrer Redlich, jedoch nicht erschienen war. Er konnte auch in seiner Wohnung nicht erreicht werden. Die Kriminalpolizei stellt Ermittlungen an. Uebrigens laufen bei den die Untersuchung führenden Stellen ganz ungewöhnlich zahlreiche Zuschriften aus dem Publikum ein, die sich alle zugunsten des Schaffners Redlich aussprechen. In ebenso zahlreichen Zuschriften aus Publikums- und Fachkreisen wird an der von der Straßenbahn seit einiger Zeit statt der früheren pneumatischen Bremse eingeführten elektrischen Bremse heftige Kritik geübt.

Berlin, 19. April. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm heute den Etat mit den Stimmen der Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten an. Die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten stimmten dagegen. Die Balanzierung des Etats ist dadurch möglich geworden, daß die Verkehrsbetriebe weitere 2,5 Millionen Mark an die Kämmereikasse abführen sollen und zwar soll diese Summe aus Ersparnissen der drei Berliner Verkehrsunternehmungen entnommen werden. Der Berliner Etat schließt in der Endsumme seiner Einnahmen und Ausgaben mit dem Betrage von rund 1,170 Milliarden Mark.

Bremerhaven, 19. April. Die Gattin des Ozeanfliegers Köhl traf heute vorm. in der Lloydhalle in Bremerhaven ein, wo sie von Kapitän Zander im Namen des Nordd. Lloyd begrüßt wurde. An Bord der „Dresden" wurde sie vom Kapitän empfangen, der sie unter dem Kreuzfeuer zahlreicher Kino-Operateure und Photographen nach der Kapitänskabine zum Abschiedstrunk geleitete. Kurz nach 11 Uhr ging die „Dresden" in See. In Southampton wird dann auch die Gattin des Majors Fitzmaurice an Bord gehen.

Kopenhagen, 19. April. Fischerfahrzeuge schleppten heute ein mit Wasser gefülltes Rettungsboot nach Aarhus ein, in dem ein toter Seemann lag. Sie hatten das Boot auf See treibend aufgefunden. Das Boot trug die Aufschrift „Bad Oslo". Man befürchtet, daß das Schiff mit zwölf Mann Besatzung im Sturm untergegangen ist.

Warschau, 19. April. Auf dem Polygon bei Tyzen explodierte gestern während artilleristischer Uebungen ein Geschütz. Zwei Soldaten wurden getötet, zwei andere verwundet, einer davon schwer.

Rom, 19. April. Ein Riesenbrand brach auf dem Obst- und Gemüsemarkt aus. Der angerichtete Schaden wird auf drei Millionen Lire geschätzt.

Paris, 18. April. In Roesaltes (Südfrankreich), wo seit Anfang Januar unter kommunistischer Führung landwirtschaftliche Arbeiter streiken, wurden von der Polizei große Mengen von Sprengstoffen entdeckt, die in der dortigen Gasfabrik und an verschiedenen anderen Orten versteckt worden waren.

Amsterdam, 19. April. Julius und Henry Barmat sind gestern abend hier eingetroffen.

London, 19. April. Reuters Büro meldet aus Sidney: Das Tafelsilber der Offiziersmessen der deutschen Kreuzer „Scharnhorst" und „Leipzig", die im Jahre 1914 bei den Falkland-Inseln sanken, wird der deutschen Regierung durch den hiesigen Generalkonsul als ein besonderer Akt des Entgegenkommens von dem australischen Staatenbund zurückgegeben werden. Wie das Tafelsilber nach Sidney gelangte, ist bisher noch ein Geheimnis. Man nimmt an, daß die Deutschen es aus Sicherheitsgründen auf den Karolinen hinterließen und daß es dann nach der japanischen Besetzung der Inseln seinen Weg nach Sidney fand. Dort wurde es einige Jahre später in dem Laden eines Händlers entdeckt und von der Zollbehörde beschlagnahmt.

Perpignan, 19. April. Bei dem Fort Leclus, in der Nähe der spanischen Grenze, wurde ein Touristenauto von zwei spanischen Wegelagerern angehalten. Mit vorgehaltenem Revolver zwangen sie die Insassen des Kraftwagens ihre Brieftaschen und Schmucksachen auszuliefern. Hierauf ergriffen sie die Flucht. Kurze Zeit nachher gelang es jedoch der Polizei, die beiden Banditen, die sich mit ihren Revolvern zur Wehr setzten, zu verhaften.

Washington, 19. April. Das Marineamt hat für den Bau zweier starrbordiger Luftschiffe, der vor kurzem vom Kongreß bewilligt wurde, ein Ausschreiben erlassen. Für den Bau dieser Lenkluftschiffe, die eine Länge von 787 Fuß haben sollen und fünf Flugzeuge an Bord nehmen können, sollen 8 Millionen Dollar ausgegeben werden. Der Aktionsradius soll 12 000 Meilen betragen.

Zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes.
Noch kein Verbot des Roten Frontkämpferbundes in Württemberg.

Stuttgart, 19. April. Wie wir hören, hat die württ. Regierung zu dem vom Reichsinnenminister geforderten Verbot des Roten Frontkämpferbundes noch nicht Stellung genommen. Die Entscheidung dürfte in der nächsten Sitzung des Staatsministeriums fallen. Ein Termin für diese Sitzung ist indessen noch nicht anberaumt. Die Angelegenheit berührt das Gesamtministerium und ist nicht nur Sache des Innenministeriums. Minister des Innern Bolz hat sich wiederholt auf den Standpunkt gestellt, daß die staatlichen Machtmittel ausreichen, um Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Wie wir weiter hören, hat die württ. Regierung innerhalb der gesetzlichen Frist keinen Einspruch gegen die Verordnung des Reichsinnenministers erhoben.

Berlin, 19. April. Beim vierten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig, der als Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik fungiert, hat außer den bereits genannten Ländern: Preußen, Braunschweig, Anhalt, Hessen, Hamburg, Lübeck im Laufe des Tages nun auch Baden und Sachsen Beschwerde gegen die Reudellsche Verordnung über das Verbot des Roten Frontkämpferbundes eingelegt. Nach einer späteren Meldung erhebt auch Oldenburg Einspruch gegen das Ersuchen des Reichsinnenministers mit der Begründung, daß die Voraussetzung für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes für Oldenburg nicht vorliegt.

München, 19. April. Wie verlautet, hat Bayern gegen den Antrag Reudells auf Verbot des Roten Frontkämpferbundes innerhalb der gesetzlichen Frist keinen Einspruch erhoben.

Keine Landtagswahlen in Sachsen.

Dresden, 19. April. Der sächsische Landtag trat heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause wieder zusammen. Nach einer längeren erregten Geschäftsordnungsdebatte, in der die Redner der Linken sehr scharf gegen das Reudellsche Verbot des Roten Frontkämpferbundes Stellung nahmen, trat das Haus in die Beratung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Auflösung des Landtags ein. Nach Begründung der Anträge durch die Antragsteller wandten sich unter großem Lärm auf den Bänken der Linken die Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen die Anträge, die sodann in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 45 Stimmen abgelehnt wurden. Damit ist auch der sozialdemokratische Antrag auf Vornahme der sächsischen Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen gefallen.

Die Revision im Arensdorfer Totschlagsprozeß verworfen.

Leipzig, 19. April. Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts fand heute die Revisionsverhandlung im Arensdorfer Prozeß statt. Das am 17. Dezember v. J. gefällte Urteil des Schwurgerichts Frankfurt a. d. O., durch das der Landwirt August Schmelzer wegen Totschlags und Totschlagversuchs an Reichsbannerleuten zu 5 Jahren Zuchthaus, sein Vater Paul Schmelzer wegen Beihilfe zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wird aus materiellen und verfahrenstechnischen Gründen durch die Verteidigung angefochten. Der Verteidiger machte geltend, daß die tatsächlichen Feststellungen des Schwurgerichtsurteils den Strafausspruch weder bei August noch bei Paul Schmelzer trügen. Das Reichsgericht verwarf die Revision. In der Urteilsbegründung heißt es, die Revisionsgründe reichten nicht aus, um die Urteile des Schwurgerichts aufzuheben. Beide Angeklagten hätten die Tat gewollt und auch unterstützt.

Das Notprogramm für die Landwirtschaft.

Berlin, 19. April. Der landwirtschaftliche Kontrollausschuß des Reichstags hat den Abschnitt II der Richtlinien, der von der Art der Verteilung der Mittel zur Organisierung des Fleisch- und Viehabsatzes handelt, in folgender Fassung genehmigt: „Von zentralen Organisationen, deren Notwendigkeit der Länderausschuß in Verbindung mit dem Reichsernährungsministerium anerkannt hat, sind die erforderlichen Summen im Rahmen der bereitgestellten Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine schlüsselmäßige Verteilung erfolgt nicht. Die Verteilung dieser Mittel und die Entscheidung darüber, für welche Darlehen die Uebernahme einer Reichsgarantie beantragt wird, erfolgt nach einem einheitlichen Gesamtplan im Rahmen der wirtschaftlichen Ziele dieser Richtlinien durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung eines mit den Länderregierung vereinbarten Länderausschusses. Vor Entscheidungen über Maßnahmen von allgemeiner Bedeutung ist ein Sachverständigenausschuß zu hören." Es folgte die Beratung von Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Einleitend begründete ein Vertreter des Reichsrats einen vom Reichsrat angenommenen preußischen Antrag, aus dem gesamten 30-Millionen-Fonds zur Linderung besonders landwirtschaftlicher Notstände 5 Millionen abzuzweigen, die auf die Länder nach dem Verhältnis der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu verteilen sind. Reichsernährungsminister Schiele erklärte, bei den Unwetterschäden handle es sich um 28 bis 29 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Geländes. Verteile man darauf die geforderten 5 Millionen, so bedeute das nichts als eine Verzettelung der Mittel. Nach langer Debatte wurde als Kompromiß eine Entschließung Dr. Hilferding (Soz.) angenommen, die die Regierung ersucht, für die Unwettergebiete aus den Ueberschüssen des Etats 1927 5 Millionen zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Lösung erklärten sich auch Bayern und Preußen einverstanden, so daß mit einer Zustimmung des Reichsrats zu der Streichung seines Antrages zu rechnen ist. — Die Richtlinien für die Förderung der Milch und Molkereiprodukte wurden sodann genehmigt, die weitere Beratung der Richtlinien wurde auf Freitag vertagt.

Die Deutschnationalen zur Verfassungsfrage.

Berlin, 20. April. Im Zusammenhang mit ihren Wahlaufrufen veröffentlicht die Deutschnationale Volkspartei eine längere Stellungnahme zur Verfassungsfrage, in der gefordert wird: Der Reichspräsident soll zugleich preußischer Staatspräsident sein. Er soll die preußischen Staatsminister nach den gleichen Grundsätzen wie die Reichsminister berufen und das Recht haben, die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in eine Hand zu legen. Ferner wird eine Stärkung der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten verlangt. Er soll das Recht erhalten, eine Regierung zu berufen, deren Fortbestand nicht täglich durch ein Mißtrauensvotum des Parlaments in Frage gestellt werden kann.

Protestkundgebung des Roten Frontkämpferbundes.

Berlin, 19. April. Zum Protest gegen das Ersuchen des Reichsinnenministers v. Keudell an die Länderregierungen, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten, hatte der Rote Frontkämpferbund und die Kommunistische Partei für heute abend 7 Uhr ihre Anhänger zu einer Massenkundgebung nach dem Lustgarten aufgerufen. Trotz des regnerischen Wetters war die Beteiligung außerordentlich stark. An 20 Stellen hielten die kommunistischen Führer an die Massen Ansprachen, in denen sie dazu aufforderten, Ruhe und Disziplin zu bewahren und zu kämpfen gegen eine Regierungspraxis, die darauf ausgehe, die kommunistische Partei zu zerstören. Bei den kommenden Wahlen würden die Gegner der Kommunisten ihre Quittung erhalten. Die Kundgebung vollzog sich ohne Zwischenfall.

Der Kohlenbergbau arbeitet mit Verlust.

Im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums hatte die Schmalenbach-Kommission neben dem Gutachten über die Lage des Braunkohlenbergbaus, das bereits bekannt ist, auch ein Gutachten über die Lage des Ruhrkohlenbergbaus abzugeben, das nunmehr vorliegt. Die einheitliche Auffassung der Kommission geht dahin, daß der Steinkohlen-Bergbau nicht mehr als ein rentabler Wirtschaftsbetrieb angesehen werden kann. Allerdings ist die Auffassung der Kommission in einer Reihe nicht unwesentlicher Punkte gespalten. Dabei handelt es sich um die Frage der Abschreibungen sowie die Höhe der Bergschäden, die der Abschätzung überlassen bleiben muß. Das Gutachten stellt fest, daß sich selbst im günstigsten Falle der bilanzmäßige Gewinn nur 3,03 v. H. belaufen hat. Infolge des neuen Lohntarifes würden sich die Unkosten je Tonne um 72 Pfennig, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit um weitere 6 Pfennig erhöhen, so daß selbst bei günstigster Berechnung ein Verlust von 10 Pfennig je Tonne entsteht.

Die Arbeitgeberverbände an den Reichsarbeitsminister.

Berlin, 19. April. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 19. April an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Wir bedauern, daß durch den Schiedsspruch die bereits in den Auseinandersetzungen der letzten Lohnbewegungen klar zutage getretene Krise des Schlichtungswesens eine weitere Verschärfung erfahren muß. Die Zahlen zeigen, daß eine Durchführung des Schiedsspruchs auf jeden Fall zu einer Verlustwirtschaft größten Umfangs im Ruhrbergbau führen müßte. Die Folge müßte eine wesentliche Einschränkung des Absatzes und der Förderung sein. Dies bedeute Vermehrung der Feierschichten, wenn nicht gar Stillegung einzelner Schächte. Diese Folgen aber würden gerade die Arbeiterschaft auf das schwerste treffen, so daß der Schiedsspruch nicht allein wirtschaftlich der Billigkeit nicht entsprechend sondern auch seine soziale Auswirkung äußerst beklagenswert sein müßte. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände kann nicht annehmen, daß die im Schiedsspruch vorgesehene Regelung Wirklichkeit werden soll, da sie den objektiv festgestellten wirtschaftlichen Verhältnissen vollkommen widerspricht, und erwartet daher, daß das Reichsarbeitsministerium bei den von ihm zu treffenden Entscheidungen diesen Tatsachen Rechnung tragen wird."

Die heute in Düsseldorf zusammengetretenen Verbandsverbände der Eisenindustrie haben an den Reichswirtschaftsminister und an den Reichsarbeitsminister Telegramme gerichtet, in denen sie ihrer Besorgnis Ausdruck geben, daß durch den Schiedsspruch im Ruhrbergbau auch die Eisenpreise infolge verteuerten Kohlenankaufs erheblichen gesteigert werden.

Moskau wittert englischen Einfluß.

Moskau, 19. April. Die Verordnung des Reichsinnenministers von Keudell über die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes wird von der Moskauer Presse als ein Anzeichen dafür angesehen, daß die deutschen Rechtskreise England ihre Dienste im Kampf gegen die rote Gefahr anbieten wollen, und wird als unmittelbares Ergebnis des Berliner Besuches Lord Birkenheads gewertet. Die „Prawda", die gleichfalls in Birkenheads Reise eine verstärkte Bemühung erblickt, Deutschland in die antisowjetistische Koalition und die außenpolitische Einheitsfront gegen Rußland hinein zu bringen, betont, daß auch die amerikanischen Vorschläge eines ewigen Friedens eine deutliche Spitze gegen die Sowjetunion hätten. Die Ueberreichung der Kelloggschen Projekte sei zeitlich mit einer neuen Deklaration Kelloggs über die Nichtanerkennung Sowjetrußlands durch die Vereinigten Staaten begleitet gewesen. Außerdem seien die Vorschläge Kelloggs allen Großmächten mit einziger Ausnahme der Sowjetunion überreicht worden, obgleich letztere ihre friedliche Politik durch Taten erwiesen und als einzige Regierung reale Projekte gegen die Kriegsgefahr vorgeschlagen habe. Im ganzen hält die „Prawda" die amerikanischen Projekte mit ihren pazifistischen Phrasen nur für einen Deckmantel, um die Einheitsfront gegen den Arbeiterstaat zu organisieren.

Das Erdbeben in Bulgarien.

Nach weiteren Meldungen aus Philippopel sind 2 um den Bahnhof gelegene Stadtviertel vollkommen zerstört. Es werden bereits 15 Tote und 80 Verletzte gemeldet. Der Sachschaden ist ungeheuer groß. Das Dorf Papasli zwischen Philippopel und Borisowgrad ist vollständig zerstört worden, ebenso die übriggebliebenen Teile von Tschirpan. Die Eisenbahnstrecke bei Philipowo auf der Linie nach Tschirpan hat sich um 30 Zentimeter verschoben und der Bahndamm in einer Länge von 2 Kilometer um 2 Meter gesenkt. Der bulgarische Ministerpräsident Ljaptschew und Minister Wassilew sind nach Philippopel abgereist.

Morgen Rückflug Fitzmaurices nach Greenly Island.

Newyork, 19. April. Wie aus Murray-Bay gemeldet wird, erwartet man dort, daß ein Flugzeug mit Balchen und Bennet, den Piloten Byrds bei seinem Südpolflug, morgen eintrifft, um Fitzmaurice mit den Ersatzteilen nach Greenly Island zu bringen. Der Ingenieur der Junkerswerke, Scherer, traf mit dem Ersatzpropeller in Montreal ein. Er reist mit der Eisenbahn sofort weiter nach Murray-Bay.

Hünefelds Bericht.

Clarke City (Kanada), 19. April. Der erste authentische Bericht über die weiteren Pläne von Köhl und Hünefeld wurde heute durch den Korrespondenten des J.N.S. mittels Hundeschlitten von Greenly Island zur nächsten Radiostation gebracht und von da auf dem Funkweg weitergegeben. Hünefeld erklärte, daß die Flieger entschlossen seien, mit der „Bremen" nach Newyork zu fliegen, auch Kommander Fitzmaurice werde zu seinen Gefährten noch der Insel zurückkehren und dann würden alle 3 gemeinsam den Weiterflug nach Newyork antreten. Hünefeld hofft, möglicherweise schon am Samstag starten zu können, wenn die nötigen Ersatzteile bis dahin herbeigeschafft sind, was allerdings noch zweifelhaft erscheint. Von dem Flug selbst erzählte Hünefeld noch: Fitzmaurice war der erste, der Land sah, er rief Köhl zu und wir schossen Leuchtraketen ab in der Hoffnung, daß uns jemand vom Land darauf antworten würde. Das war freilich nicht der Fall. Bei Tagesanbruch hätten sie das Land, das sie für die Küste von Labrador gehalten hätten, genau sehen können, wobei sie schneebedeckte Berge und vereiste Flüsse entdeckt hätten. Durch die Abnahme des Brennstoffvorrats sei die Freude jedoch rasch stark beeinträchtigt worden, da dadurch das Ende des Fluges immer näher gerückt sei. Darauf sei die „Bremen" wieder nach der Küste geflogen, ohne auch nur ein Zeichen von menschlichem Leben zu entdecken. Am Freitag kurz nach 5 Uhr hätten sie etwas unter sich erblickt, das Fitzmaurice und Köhl für ein eingefrorenes Schiff gehalten hätten. Sie seien daraufhin wieder hinuntergegangen, wobei sie mehrere Male ihren späteren Landungsplatz umflogen hätten. Bei der Landung durchbrachen die Räder des Flugzeugs die Eisdecke an der Landungsstelle, was zu einer leichten Beschädigung des Fahrgestells führte. Von den Fliegern sei jedoch niemand verletzt worden. Darauf seien die Flieger von dem Leuchtturmwärter und dessen Familie beglückwünscht worden. Gleichzeitig seien vom anderen Ufer über das Eis Leute gekommen, die ihnen zugewinkt hätten. Die Augen Köhls und Fitzmaurices seien so überanstrengt gewesen, daß die Flieger kaum noch hätten sehen können. Nachdem sie etwas gegessen hätten, seien sie in einen tiefen Schlaf versunken. Am nächsten Tage hätten sie zunächst das Flugzeug einer Prüfung unterzogen und sich damit beschäftigt, Pläne für die Rückkehr in die zivilisierte Welt zu machen. Hünefeld schildert dann Schillers Ankunft auf der Insel. In einer Aussprache sei beschlossen worden, daß alles versucht werden solle, das Flugzeug wieder instandzusetzen. Auf diesen Beschluß sei auch der Abflug Schillers und Fitzmaurices zurückzuführen.

Newyork, 19. April. Fitzmaurice erklärte im Zusammenhang mit den Gerüchten, daß er eine Trennung von den „Bremen"-Fliegern beabsichtigt habe, daß keiner von den Fliegern das Flugzeug habe verlassen wollen; daraufhin hätten sie gelost, wobei das Los auf ihn gefallen sei.

Das Programm für den Empfang der „Bremen"-Flieger in Washington.

Washington, 19. April. Wie die Associated Preß erfährt, sind außer den bereits gemeldeten Programmpunkten folgende Feierlichkeiten für den Empfang der „Bremen"-Flieger hier in Aussicht genommen: Entgegenflug eines Geschwaders von Armeeflugzeugen, Empfang auf dem Flugplatz Bollingfield durch Staatssekretär Kellogg, sowie anderen Mitgliedern des Kabinetts, durch den deutschen Botschafter und den Gesandten des irischen Freistaates; sodann finden Bankette in der deutschen Botschaft und in der irischen Gesandtschaft statt. Außerdem ist ein Besuch des Grabes des unbekannten Soldaten vorgesehen und offizielle Begrüßungen in beiden Häusern des Parlaments geplant. Der Aufenthalt der „Bremen"-Flieger in Washington dürfte etwa 2 Tage dauern.

60 000 Dollar für den Empfang der „Bremen"-Flieger bewilligt

Newyork, 19. April. Die Stadt Newyork nahm einstimmig einen Antrag an, für den Empfang der „Bremen"-Flieger 60 000 Dollar zu bewilligen.

Japans Aktion in China.

Tokio, 19. April. Das japanische Kabinett hat beschlossen, die Truppen in Tsingtau durch eine Division zu verstärken. Die Einschiffung der Truppen erfolgt bereits morgen, die Landung im Hafen von Tsingtau am nächsten Freitag. Die Kosten der Expedition, die vom Kaiser genehmigt worden ist, werden auf 29 Millionen Yen beziffert. Die japanischen Truppensendungen von Schantung bedeuten eine Stellungnahme Tokios gegen die südchinesische Bewegung.

Das Auto als Steuerquelle. Welch ungeahnte Einnahmequelle die moderne Technik mitunter dem geldhungrigen Staat erschließen kann, lehrt keine Tatsache besser als die fabelhafte Entwicklung des Autowesens in Frankreich. Im Jahre 1899 brachte die Autosteuer dem französischen Staat ganze 90 000 Goldfranken ein. Zwei Jahre später hatte sich die Ziffer mit 381 000 Franken schon mehr als vervierfacht; weitere 4 Jahre später (1905) war sie auf 1 700 000 Fr. gestiegen, 5 Jahre darauf (1910) auf 5 700 000 Fr. Kurz vor Beginn des Krieges konnte der Fiskus 10 Millionen Fr. einkassieren. Nach einer vorübergehenden Stockung während der ersten Kriegsjahre schnellte der Betrag der Steuer im Jahr 1917 auf 16,5 Millionen hinauf; nur 3 Jahre später (1920) war er auf fast das Vierfache, 63,5 Millionen Fr. angewachsen. Von da ab gibt es kein Halten mehr, verzeichnen doch die folgenden Jahre Rekordziffern, wie 1921: 102 Millionen, 1922: 123 Millionen, 1924: 307 Millionen und 1927 mehr als 310 Millionen Fr. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dürfte im folgenden Jahrzehnt die halbe Milliarde erreicht werden, und die anfänglich so bescheidene Autosteuer eine stattliche Einnahmequelle geworden sein, die das Herz eines jeden Finanzministers erfreut.

Gesangbücher

in schöner Ausführung und in allen Preislagen zu haben in der

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

Geschäfts-Eröffnung und -Empfehlung.

Samstag, 21. April, eröffne ich in **Herrenalb,** Karlstr. 26,

ein **Zigarren-Spezialgeschäft**

Niederlage der Fa. H. Meyle, Karlsruhe.

Durch erstklassige fachmännische Beratung bin ich in der Lage, den verwöhntesten Ansprüchen Rechnung zu tragen.

An **Zigaretten und Tabaken** führe ich alle Marken der maßgebenden deutschen Fabriken.

Zigarren von 8 Pfg. an.

Es wird mein Bestreben sein, allen Anforderungen der verehrl. Raucher Genüge zu leisten und bitte um geneigten Zuspruch.

Senta Sudbrack, Herrenalb.

Grundbuchamt Birkenfeld.

Die Erben des **Christian Regelmann,** fr. Amtsdieners hier, bringen das vorhandene

Haus

Herrenalber Straße Nr. 4, sowie

einige Güterstücke

am **Montag den 23. April, nachmittags 6 Uhr,** auf dem Rathaus zum erstenmal im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf, wozu Liebhaber eingeladen sind.

Bezirks-Feuerwehrverband Neuenbürg.

Der diesjährige

Bezirks-Feuerwehrtag

ist auf **Sonntag den 3. Juni** mit dem Tagungsort **Engelsbrand** festgelegt.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Praktische Vorträge. 5. Verschiedenes.

Die zu stellenden Anträge (Ziffer 3) sind bis **spätestens 10. Mai ds. Js.** bei dem Ausschußvorsitzenden Herrn Kommandant **Großmann-Höfen** schriftlich einzureichen.

Näheres wird noch mittelst Programm den einzelnen Feuerwehren zur Kenntnis gebracht.

Neuenbürg, den 18. April 1928.

Der Bezirksausschuß.

Sozialdemokratischer Verein Birkenfeld.

Am **Sonntag den 22. ds. Mts., abends ½8 Uhr,** findet im **Gasthaus zum „Rößle"** eine

öffentl. Wähler-Versammlung

statt. Obersteuersekretär **Hirn** aus **Stuttgart** spricht über das Thema:

„Die ungerechte Steuerpolitik der Rechtsregierung".

Alle wahlberechtigten Einwohner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Gräfenhausen—Birkenfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde, Bekannte, Schulkameraden und Schulkameradinnen zu unserer

am **Sonntag den 22. April 1928**
im Gasthaus zum „Adler" in Birkenfeld

stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als besondere Einladung annehmen zu wollen.

Emil Wolfinger,
Sohn des verst. Ernst Gottfr. Wolfinger, Gräfenhausen.

Pauline Wöhr,
Tochter des Christoph Wöhr, Fabrikarb., Birkenfeld.

Kirchgang 11 Uhr in Birkenfeld.

Vieh-Verkauf.

Von Montag morgen 7 Uhr ab
steht im **Gasthaus zum „Ochsen" in Höfen**
ein großer, frischer Transport

erstklassiger, gutgewöhnter Milchkühe, schwerer, hochträchtiger Kalbinnen, eine große Auswahl schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladen

Rudolf und Berthold Löwengardt,
Rexingen.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Freitag den 20. April nachm. 6½ Uhr.
Tagesordnung:
Baufache Ferenbach.
Stadtschultheiß Knodel.

Bezirks-Bienen-Zucht-Verein Herrenalb.

Nächsten Sonntag, mittags 2 Uhr,

Versammlung

im **Hirsch in Kullenmühle.**

Vorstandschaft.

Photo: Stadelmann Birkenfeld Atelier.

Neuenbürg.

Versteigerung.

Morgen Samstag, mittags 2 Uhr, kommt bei **Gg. Schneider,** Mühlstr. 123.

1 Schlafzimmer, Einzel-Möbel u. Sonstiges

zum Verkauf.

Neuenbürg.

Am Samstag den 21. d. M., nachm. ½3 Uhr, habe ich

6 Bienenvölker

samt Kästen (bad. Maß) zu verkaufen.

Emma Vollmer,
Poststraße.

Neuenbürg.

Kleinere freundliche

Wohnung,

für Einzelstehende geeignet, zu vermieten.

Prokurist **Stolz.**

Niebelsbach.

Ich Unterzeichneter nehme die gegen Schultheiß **Boger** ausgesprochene Behauptung, er hätte das Rathaus der früh. Gemeinde Unterniebelsbach kaufen wollen, mit dem Ausdruck des Bedauerns als

unwahr zurück.

Gottlieb König.

Grunbach.

Zu verkaufen drei

Fahrräder,

zwei ganz wenig gefahrene u. ein ganz neues, gute Markenräder, sowie ein ganz wenig gebrauchter eiserner

Wendepflug,

ein **Güllenfaß** und ein guter **Metzgerwagen.**

Albert Buck.

Birkenfeld.

Eine 39 Wochen trächtige

Kalbin,

sowie ein 1jähriges

Rind

ist zu verkaufen

Hauptstraße 116.

Galldorf, 16. April 1928.

Allen teilnehmenden Freunden aus Stadt und Bezirk Neuenbürg, die beim Heimgang meines lieben Mannes

Julius Uhl, Dekan a. D.,

mit so viel Liebe unser gedachten, bitte ich auf diesem Wege namens unserer Familie innigsten Dank sagen zu dürfen. Insbesondere danke ich herzlich für die liebevollen Nachrufe am Grabe sowie für die sinnigen Kranzspenden.

Anna Uhl, geb. Winter.

Waldrennach, den 18. April 1928.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Pfrommer,
led. Wegwart,

am Mittwoch nachmittag ½5 Uhr an den Folgen einer Operation im Alter von nahezu 66 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie Hermann Rexer.
Familie Wilhelm Schwemmle.
Familie Franz Kronauge.
Familie Karl Specht.
Charlotte Pfrommer.

Beerdigung: Samstag nachmittag 4 Uhr.

Oeffentliche Versammlung

am Montag den 23. April ds. Js., abends 8 Uhr,
im **Gasthof zur „Sonne"** in **Neuenbürg.**

„Welche Aufgaben haben die evangelischen Christen im politischen Leben?"

Redner: **Rektor Kling-Lorch.**

Jedermann ist eingeladen. Anschließend freie Aussprache.

Der Christliche Volksdienst für Württemberg.

C. Meeh'sche Buchdruckerei Neuenbürg-E.

Alle

Geschäfts-Drucksachen

wie Briefbogen, Mitteilungen, Postkarten, Rechnungen, Briefumschläge, Rundschreiben, Geschäfts-Karten, Kur- und Hotelprospekte in neuzeitlicher Aufmachung liefert preiswert

A. Breitling, Schömberg,
Buchbinderei, Buch- und Papierhandlung.

Höfen a. Enz.

Einige

Hilfsarbeiterinnen

für leichtere Arbeiten werden eingestellt.

Heller & Senn.

Bezirks-

Konsum Verein Neuenbürg.

Rekordmehl

ist eingetroffen und ist in sämtlichen Verkaufsstellen zu haben.

Birkenfeld.

Schöne

Milchschweine

sind zu verkaufen

Hauptstr. 127.

Birkenfeld.

Ein Kind unter einen Jahr wird in

gute Pflege

genommen.

Zu erfragen in der Agentur ds. Blattes.

---

4 Sitzer-

Auto,

guterhalten 4/20 St.-PS., umständehalber für 1300 M. zu verkaufen; evtl. wird ein Motorrad in Zahlung genommen. Angebote unter Nr. 10 in das Kontor d. Bl. erbeten.

Mädchen-Gesuch

für die Schweiz.

Tüchtiges, selbständiges

Mädchen

für Küche und Haushalt in Geschäftshaus bei guter Behandlung u. Bezahlung baldmöglichst bezw. zum 1. Mai gesucht. Auskunft erteilt

Frau **Dietrich,** Witwe.
Wildbader Str. 197.

Füllfederhalter,
Schulmäppchen,
Tintenzeug,
Photo- und Postkarten-Album

von einfacher bis feinster Ausführung.

C. Meeh'sche Buchhandlung.